

Videant consules!

Die Kampagne gegen Horst Möller und das von ihm geleitete Institut für Zeitgeschichte hat – wie der Stiftungsratsvorsitzende des Instituts treffend bemerkte – „vielfältige Hintergründe“. Sie ist aber alles andere als eine wissenschaftliche Kontroverse, sondern ein politischer Angriff, dem energisch widerstanden werden sollte. Oder hat man etwa jene unseligen Zeiten kommunistischer Herrschaft vergessen, als nicht-konforme Wissenschaftler als „Trotzkisten“ abgestempelt und kaltgestellt wurden? Damals musste jeder, der sich mit den Werken des Verfeimten etwa noch beschäftigte, beteuern, dass er selbstverständlich den „Trotzkismus“ kompromisslos ablehnte. Aber auch dies konnte ihn in der Regel nicht vor der Entfernung aus dem Amt oder gar schlimmeren Folgen retten. Noch nicht einmal ansatzweise darf heute ein ähnliches Ritual inszeniert oder hingenommen werden. Ernst Noltes wissenschaftliches Œuvre (und nur darum kann es hier gehen!) bietet keinen Beleg dafür, dass Nolte zum Rechtsradikalen oder Rechtsextremisten abgestempelt werden dürfte.

Er steht eindeutig auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Und wenn sich die preisverleihende Deutschland-Stiftung „gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen die Gedanken der Völkerverständigung“ richtete, wäre sie nach Artikel 9 Grundgesetz verboten. Mithin ist es auch unzulässig, sich zur Rechtfertigung der Kampagne auf das Prinzip der wehrhaften Demokratie zu beziehen. Aus dem Zusammenhang gerissene Zitate und der Umstand, dass rechtsradikale Kreise

angemerkt

Nolte zitieren, können ebenfalls die Verfeimung Noltes nicht rechtfertigen. Wer käme zum Beispiel umgekehrt auf den Gedanken, Herbert Marcuse als Linksextremisten zu diffamieren und sein Werk zu verdammen, weil sich linksextreme Gruppen (die übrigens Nolte in skandalöser Weise – bis hin zum Verbrennen seines Autos – terrorisiert haben) auf ihn und seine Schriften beriefen?

Dass Noltes wissenschaftliches Werk im europäischen Ausland, insbesondere in Frankreich, gewürdigt wird, spricht zusätzlich gegen die Berechtigung der Diffamie-

rungskampagne. Horst Möller, der übrigens weder Noltes Schüler ist noch dessen wissenschaftliche Positionen vertritt, ist ein eigenständiger Historiker von hohem Rang. Als ehemaliger Direktor des Deutschen Historischen Instituts in Paris wurde er von der liberalen französischen Streitkultur stark geprägt. In Deutschland ist er schon seit einiger Zeit wegen seiner begründeten Kritik an der Wehrmachtsausstellung ins linke Visier geraten. Er hat nun dem massiven Druck nicht nachgegeben, vielmehr als unabhängiger Wissenschaftler (ausdrücklich nicht in Ausübung seiner Funktion als Direktor des Instituts für Zeitgeschichte!) in einer lesenswerten Laudatio Noltes wissenschaftliches Œuvre gewürdigt – übrigens in sehr kritischer Weise.

Das ist als Verteidigung des herrschaftsfreien wissenschaftlichen Diskurses, der auch für die Geschichtswissenschaft unverzichtbar ist und sonst von linken Kollegen so hoch gepriesen wird, zu loben und nicht zu tadeln. Schon gar nicht kann daraus die Forderung hergeleitet werden, Horst Möller müsse als Direktor des Instituts für Zeitgeschichte zurücktreten. Bezeichnender-

weise hält der akademische Wortführer der Rücktrittskampagne, der seinerzeit als Mitbewerber Möllers im Münchener Institut nicht zum Zuge gekommen ist, an der Rücktrittsforderung fest, ohne – zugegebenermaßen – auch nur den Inhalt der Laudatio zur Kenntnis zu nehmen und sich damit auseinander zu setzen. Von einer wissenschaftlichen Kontroverse kann also überhaupt keine Rede sein.

Worum es geht, ist etwas anderes: Ebenso wie die sozial-liberale Koalition nach ihrem Wahlsieg von 1969 dafür gesorgt hat, dass die Leitungen der führen-

den bundesdeutschen Forschungsinstitute im politik- und zeitgeschichtswissenschaftlichen Bereich mit sozialdemokratischen Wissenschaftlern besetzt wurden, soll nun nach dem neuerlichen linken Wahlsieg das letzte Forschungsinstitut auf Bundesebene in diesem Bereich, das noch nicht in Regie genehmer Wissenschaftler ist und wider besseres Wissen als „nationalkonservativ“ oder rechtslastig diffamiert wird, erobert werden. Während im letzten Jahr des viel gescholtenen „Systems Kohl“ an die Spitze des neuen zentralen außen- und sicherheitspolitischen Forschungs- und Be-

ratungsinstitut in Berlin ein prominenter Mitarbeiter der Wochenzeitung *Die Zeit* berufen wurde, soll im „System Schröder“ offenbar nur noch die Konformität mit der derzeitige herrschenden politischen Richtung für wissenschaftliche Leitungsfunktionen qualifizieren und ein entsprechendes Signal an den wissenschaftlichen Nachwuchs gegeben werden. Ein Erfolg dieser politischen Strategie wäre für die wissenschaftliche und politische Kultur in Deutschland verhängnisvoll. Dem Stiftungsrat und allen Verantwortlichen sei zugerufen: Videant consules!

Werner Link

Zuckerbrot und Peitsche

„Der Kanzler jagt seit Wochen mit Zuckerbrot und Peitsche durchs Land. Die erste Peitsche knallte in Nordrhein-Westfalen, als Schröder der dortigen SPD die attraktivere Koalition mit der FDP verbot und sich den rotgrünen Stimmenblock im Bundesrat sicherte. Die zweite traf die eigene Fraktion, in der Zweifel rumorten, ob die Eichel-Reform noch irgendetwas Sozialdemokratisches an sich habe. Die dritte Peitsche schwang er mit dem perfiden Vorwurf auf die Opposition, sie sei ein Fundamental-Blockierer wie einst Lafontaine. Zuckerbrot verteilte Schröder zunächst an die Großkonzerne, die er – für einen SPD-Mann ziemlich schamlos – zum Hauptprofiteur der Steuerreform machte, was die ihm prompt mit meinungsmachendem Opportunismus dankten. Dann gab es – noch obszöner – Zuckerbrot-Föderalismus der maghrebinischen Art: Mit Hafenförderungen, Kulturmitteln, Mittelstandsprogrammen und allerlei Geldzusteckereien sollten wankende Bundesländer ‚überredet‘ werden. [...] Schröder aber interessiert die Sache nicht. Er erzwingt aus taktischem Kalkül vor der Sommerpause eine machiavelistische Demonstration seiner Macht.“

(Wolfram Weimer am 14. Juli 2000 in *Die Welt*)